

- Fortsetzung von Seite 1 -

zumindest die bisherigen Strukturen in diesem Bereich zu erhalten und keinesfalls zu zerschlagen. Zudem erwarten unsere Vereine und deren Ehrenamtliche zurecht, dass wir sie und die von ihnen geförderten Kinder und Jugendlichen nicht über Gebühr belasten und ihnen weiterhin Bedingungen ermöglichen, ihren Vereinszweck zu erfüllen. Dies gilt ausdrücklich auch für die dringend erforderliche Sanierung des VfB-Hartplatzes. Die SPD setzt auf eine ausgeprägte Haushaltsdisziplin auch bei zukünftig wieder verbesserter Haushaltssituation; vor allem ist eine Rückführung der Verschuldung anzustreben.

Mit zweierlei Maß

Die desolatte Tammer Haushaltsituation - ein Thema, das den Gemeinderat seit dem letzten Jahr über alle Fraktionen hinweg intensiv beschäftigt. In langwierigen Sitzungen wurde und wird noch überlegt, wo in Tamm Einsparungen möglich sind. So hat der Gemeinderat schon im letzten Jahr eine globale Minderausgabe in Höhe von 10% beschlossen. Dies bedeutet, dass z. B. in Bereichen wie Bücherei, Kindergärten, Schulen die Sachmittel um 10 % gekürzt wurden.

Im Juli 2010 haben sich die Fraktionen des Tammer Gemeinderates auf Anregung der SPD in einem übergreifenden Antrag übereinstimmend dafür ausgesprochen, die Aufwandsentschädigung für die Gemeinderäte um 10 % zu reduzieren. Diese Senkung sollte ein Signal an unsere Bürgerinnen und Bürger sein, dass auch wir Gemeinderäte dazu bereit sind, selbst einen, wenn auch bescheidenen Beitrag, hierzu zu leisten.

Umso überraschender war dann letztendlich das Abstimmungsverhalten im Gemeinderat. Nicht nur, dass einige Gemeinderäte zwischenzeitlich ihre Meinung geändert hatten - dies kann ja durchaus einmal sinnvoll sein - sondern die Argumentationen für diese Entscheidung versetzten dann doch in Erstaunen.

Ein Gegenargument war, dass mit einer Senkung der Entschädigung für uns Gemeinderäte eine Abwertung der ehrenamtlichen Tätigkeit als Gemeinderat einhergehe. Wir möchten darauf hinweisen, dass der Großteil der in Tamm geleisteten ehrenamtlichen Tätigkeit unentgeltlich geleistet wird. Oft ist es sogar so, dass Ehrenamtliche sogar eigene Mittel beisteuern. Ist diese ehrenamtliche Arbeit, z. B. als Jugendtrainer oder -betreuer im Sport- oder Musikverein oder in Kirche und Altenpflege, weniger wert? Leisten Gemeinderäte eine ehrenamtliche Tätigkeit die man als wertvoller bezeichnen kann? Das kann eigentlich niemand ernsthaft behaupten.

Ein weiteres Gegenargument war, dass es bei einer Senkung der Entschädigung für uns Gemeinderäte schwieriger würde, Bürger für eine Tätigkeit als Gemeinderat zu gewinnen. Unsere ganze Erfahrung spricht dafür, dass dies nicht so ist: Bisher hatten wir immer mehr ernsthaft interessierte Kandidatinnen und Kandidaten für die ehrenamtliche Tätigkeit im Gemeinderat als Sitze zu vergeben waren. Zudem möchten wir die Frage stellen, ob es um solche Kandidaten, die wegen einer geringeren Entschädigung dieses Amt nicht mehr attraktiv fänden, wirklich schade wäre. Wir meinen, dass gerade bei einem Ehrenamt die

Noachgfroagt:

„Hasch scho gheehrt, dr VauEff-Beh griagt uffm Hartplätzle jedzed an Konschtrasa.“



„Ja Ja, ond an manche Däg han i denkt, des isch dr Eglsee.“

Entschädigung keinesfalls im Vordergrund stehen sollte.

Betroffen machen allerdings Aussagen, dass sich selbst in wirtschaftlichen schwierigen Zeiten in Bund und Land Politiker nicht am Sparen beteiligen, sondern zum Teil noch ihre Diäten erhöhen. Wenn es dann aber um die Möglichkeit geht, selbst tätig zu werden, wird dies mit Schlagworten wie „wir halten nichts von Symbolik in der Haushaltspolitik“ von eben diesen Kritikern abgelehnt.

Sicherlich saniert dieser Betrag nicht den Tammer Haushalt, aber dies trifft auch nicht auf die Reduzierung der Sachkosten für Schulen und Kindergärten zu. Dennoch muten wir unseren Kindern zu, was die Gemeinderatsmehrheit für sich selbst als unzumutbar ansieht.

Man kann sich sicherlich Gedanken machen wie umfangreich die Tätigkeit eines Gemeinderates ist und mit welchem zeitlichen Umfang sie einhergeht. Auch die Gründe warum man dieses Amt ausübt kann jeder nur für sich selbst beantworten. Letztendlich hat aber jeder die eigene Entscheidungsfreiheit, sich für solch ein Amt zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang aber dann von einer Degradierung dieses ehrenamtlichen Engagements auf einen Nebenjob zu sprechen, verstehe wer will. Auch andere ehrenamtliche Tätigkeiten erfordern hohen zeitlichen Aufwand, tragen eine hohe Verantwortung und werden weitaus weniger finanziell honoriert.

Bezeichnend ist sicherlich noch, dass in diesem Punkt eine geheime Abstimmung beantragt wurde, was im Tammer Gemeinderat eine absolute Ausnahme darstellt. Eigentlich sollte man, wenn man von seiner Meinung überzeugt ist, doch auch dazu stehen können und dies auch in öffentlicher Abstimmung kund tun. Schade, dass dies ausgerechnet von einem Gemeinderatskollegen beantragt wurde, der ansonsten für Transparenz und Offenheit eintritt. Aber mitunter wird eben auch hier mit zweierlei Maß gemessen!

Wer soll unser Stromnetz betreiben?

Ende 2012 läuft in Tamm (wie in den meisten anderen Gemeinden auch) der Konzessionsvertrag für den Betrieb des Tammer Stromnetzes aus. Durch die Liberalisierung der Strommärkte bietet sich nun eine einmalige Gelegenheit, die Weichen in Sachen Stromversorgung neu zu stellen. Warum ist dies so?

1998 kündigte die rot/grüne Bundesregierung eine „Energiewende“ an. Umweltschädliche Energieerzeugung wie Kohle und Atom sollten von umweltfreundlichen Technologien wie Solarenergie und Windkraft abgelöst werden. In diesem Zusammenhang wurde auch der deutsche Strommarkt liberalisiert. Die Gebietsmonopole der Stromkonzerne wurden aufgehoben, um Marktbedingungen einzuführen und Wettbewerb zu ermöglichen. In der Folge starteten neue unabhängige Energieversorger mit innovativen Konzepten, um die bisherigen festen Strukturen aufzubrechen und in Konkurrenz mit den etablierten Stromversorgern zu treten. Die Zahl der Windkraftanlagen stieg von 548 im Jahr 1990 auf über 15.000 im Jahr 2003. Ihr Anteil an der Nettostromerzeugung erhöhte sich seit 1998 von 1 % auf 5,3 % im Jahr 2004. Auch die Strompreise verringerten sich innerhalb kurzer Zeit aufgrund der größeren Zahl von Stromanbietern und vor allem aufgrund des Wettbewerbs zwischen den großen Konzernen.

Recht bald aber änderte sich die Strategie der Stromgiganten: Anstatt weiter untereinander in Konkurrenz zu treten, verzichteten sie gegenseitig darauf, auf dem Gebiet des anderen Stromkunden zu gewinnen. Sie traten nun nicht mehr gegeneinander in einer Wettbewerbssituation auf, sondern nutzten die Liberalisierung, um kleine und mittlere Regionalversorger aufzukaufen. Stadtwerke und die neu gegründeten kleineren Energieversorgungsunternehmen konnten sich gegen die großen kapitalstarken nicht behaupten. Seit dem Jahr 2000 gingen eine Vielzahl von Stadtwerken und Regionalversorgern in den Besitz der großen überregionalen Konzerne wie E.ON und RWE über. Mittlerweile gehören den vier größten Energieversorgern E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall sämtliche überregionale Höchstspannungsnetze, bei der Stromerzeugung machen sie rund 80 Prozent des Marktes aus. Erzeugung und Vertrieb von Strom, sowie die Regelung des Strompreises liegen in den Händen dieser vier Stromgiganten. Infrastrukturelle Maßnahmen zur Stromversorgung werden mittlerweile europaweit durch die zunehmend global agierenden Konzerne geregelt.

Neben der hohen Kraftwerkskapazität verfügen die vier großen Stromkonzerne über 90 Prozent des überregionalen Stromnetzes, dadurch können deren Nutzungsgebühren zu ihren Gunsten beeinflusst werden. Überhöhte Durchleitungsgebühren verhindern, dass kleinere oder auch ausländische Energieversorger in den Strommarkt einsteigen oder beim Wettbewerb mithalten können. Um einen regulierten Netzzugang zu ermöglichen, hat seit 2005 die Bundesnetzagentur die Kontrolle übernommen - und zum Teil deutliche Absenkungen der Gebühren erzwungen. Allerdings kam dies für viele Unternehmen zu spät, um noch einen fairen Zugang zum Strommarkt zu erhalten. Sie waren bereits aufgekauft oder in Konkurs gegangen.

Grundsätzlich müssen Stromerzeugung, Verkauf und Transport getrennt werden (Ausnahmen hiervon gibt es für kleinere Stadtwerke). Dies be-